

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung namens der Landesregierung

**EU-Haushalt 2025: Kürzungen am Horizont?**

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD), eingegangen am 15.10.2024 - Drs. 19/5550, an die Staatskanzlei übersandt am 16.10.2024

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung namens der Landesregierung vom 29.10.2024

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am 7. Oktober 2024 gegen die vorgeschlagenen Kürzungen der Kommission ausgesprochen, die vom Rat bestätigt wurden. Stattdessen forderten einige Mitglieder dieses Ausschusses die Aufstockung einiger Programme, die sie strategisch als wichtig erachten.

Ein Mitglied der Gruppe der S&D aus Rumänien äußerte sich zum Haushaltsentwurf wie folgt: „Wir fordern eine Aufstockung der Mittel für Schlüsselprogramme, die wir in der gegenwärtigen Situation für unverzichtbar halten.“ Nach dem Entwurf würden 1,52 Milliarden Euro für Programme wie Horizont Europa, Erasmus+ und Connecting Europe Digital entfallen. Zudem ist der EU-Haushalt 2025 der erste, der Rückzahlungskosten für die gemeinsame Schuldenaufnahme durch das NextGeneration-EU-Programm beinhaltet. Eine Vielzahl von Änderungsanträgen wurde hierzu eingebracht.

Das Parlament muss nun seinen Standpunkt in der Oktober-Sitzung ratifizieren, um im November in die Trilog-Verhandlungen mit Kommission und Rat einzusteigen<sup>1</sup>.

**1. Würde der Haushaltsentwurf in seiner jetzigen Fassung Bestätigung finden, wie viele Gelder würden für Niedersachsen entfallen?**

Die Kohäsionspolitik ist wegen der mehrjährigen Programmstruktur von den laufenden Verhandlungen zum EU-Haushalt 2025 nicht betroffen.

Die weiteren, bezogen auf den EU-Haushalt 2025 betroffenen Programme werden nicht in der geteilten Mittelverwaltung administriert. Es kann daher keine auf Niedersachsen bezogene Aussage getroffen werden. Ein prozentuales Herunterbrechen ist auch insbesondere deswegen nicht möglich, da aktuell nicht bekannt ist, wie die EU-Kommission eine potenzielle Kürzung umsetzen wird.

**2. Wie viele Fördermittel müssten möglicherweise rückerstattet werden?**

Potenzielle Kürzungen im EU-Haushalt 2025 betreffen ausschließlich neue Projekte. Aufgrund bestehender Rechtsverpflichtungen resultieren hieraus keine Rückerstattungen aus bestehenden Bewilligungen.

<sup>1</sup> <https://de.euronews.com/my-europe/2024/10/08/eu-parlamentarier-lehnen-kurzungen-ab-und-fordern-mehr-budget-fur-2025>

**3. Wie steht die Landesregierung zur Stellungnahme des Ausschusses bezüglich des EU-Haushalts (es wird um eine begründete Antwort gebeten)?**

Der Vorschlag zum EU-Haushalt der Kommission vom 19.06.2024 umfasst ein Volumen von 199,7 Milliarden Euro.

Der Rat der Europäischen Union hat am 17.07.2024 eine Einigung erzielt, die mit Datum vom 13.09.2024 im schriftlichen Verfahren angenommen wurde. Hiernach sollen im Jahr 2025 191,53 Milliarden Euro verausgabt werden.

Die in der Fragestellung erwähnte Position des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlamentes wurde zwischenzeitlich in der Plenarsitzung am 23.10.2024 diskutiert und als Vorschlag des Europäischen Parlaments für die Trilogverhandlungen verabschiedet. Er sieht ein Gesamtvolumen von knapp 201 Milliarden Euro vor, nimmt dabei den ursprünglichen Vorschlag der Kommission auf und schlägt Erhöhungen bei diversen Programmen vor.

Auf Basis der Erfahrungen der Vorjahre ist davon auszugehen, dass sowohl einzelnen Kürzungsvorschlägen wie auch Erhöhungsabsichten im Rahmen des Trilogs entsprochen werden wird. Ferner ist es wahrscheinlich, dass die Gesamtausgaben zwischen der Position von Kommission und Rat liegen werden.

Die aus niedersächsischer Sicht entscheidenden und auch in quantitativer Hinsicht bedeutendsten Ausgabepositionen sind von der Jährlichkeit nicht betroffen (siehe auch Antwort zu Frage 1) oder werden, wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, in der erwarteten Höhe fortgeschrieben. Gegen die im Rahmen der kommenden Verhandlungen anzunehmenden Ergebnisse zum EU-Haushalt bestehen in Ansicht der aktuell vorliegenden Informationen keine Bedenken.

(Verteilt am 30.10.2024)